

Keine Windkraftanlagen im Spessart

Bad Orber Stadtparlament verabschiedet Resolution: Vorrangflächen aus Regionalplan gestrichen werden.

Bad Orb (in). Trotz des erheblichen Widerspruchs der SPD verabschiedete das Bad Orber Stadtparlament schlussendlich einstimmig eine von der CDU verfasste Resolution gegen die Windkraftnutzung im hessischen Spessart. Die Sozialdemokraten enthielten sich bei der Abstimmung. Die Resolution (wir berichteten) macht sich dafür stark, dass die bislang im Spessart vorgesehenen Teilflächen aus dem Entwurf des Regionalplans gestrichen werden.

Bernhard Acker (CDU) stellte die Resolution im Stadtparlament vor. Acker machte darauf aufmerksam, dass der Regionalplanentwurf für den Spessart 3500 Hektar als Fläche vorsieht, in der Windkraftanlagen gebaut werden könnten. Hier könnten laut Acker bis zu 350 Windräder entstehen. „Der Naturpark Spessart würde dadurch seinen einzigartigen Charakter in erheblichem Ausmaß verlieren“, befürchtet Acker und fügte hinzu, dass sich auch die Obere Naturschutzbehörde in einer Stellungnahme dafür ausgesprochen habe, im Sandsteinspessart keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Darüber hinaus verwies Acker auf den bayerischen Teil des Spessarts, für den der regionale Planungsverband Würzburg festgelegt habe, auf Windkraftanlagen weitestgehend zu verzichten. Acker: „Der windkraftfreie Spessart ist ein Alleinstellungsmerkmal für Touristik und Kur, das zu den Pfunden der Spessartgemeinden und der Badestädte gehört.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Winfried Krämer erinnerte zunächst an die Atomkatastrophe in Fukushima, die gezeigt habe, „wie flexibel die Politik sein kann“. Die Politik



Nach dem Willen der Bad Orber Stadtverordneten soll der Spessart nur aus Räumen und nicht aus Anlagen bestehen.

habe damals eine 100-Prozent-Kehrtwende vollzogen und die Energiewende eingeleitet. Als die SPD im Jahr 2012 ein positives Mitgliedervotum für die Windkraftnutzung in Bad Orb eingeholt habe, hätten auch finanzielle Aspekte und die dringend notwendige Haushaltskonsolidierung eine Rolle gespielt. Krämer: „Diese Situation hat sich geändert. Wir sind nicht mehr auf diese Einnahmen angewiesen.“ Dennoch bekenne sich die SPD zu den Zielen der Energiewende. Krämer wies darauf hin, dass das Kohlekraftwerk in Großkrotzenburg mehr Sauerstoff verbrenne, als ihn der komplette Spessartwald erzeugen kön-

ne.

Im Resolutionstext vermisse er die Alternativen, sagte Krämer. Bad Orb müsse sich entscheiden – zwischen Windkraft und touristischer Nutzung. Was die touristischen Aspekte angeht, müsse dann aber auch im Stadtwald etwas mehr getan werden. Krämer: „Bad Orb kann auf die Windkraft verzichten, aber ich will nicht für die Gemeinden im Spessart Wortführer werden.“ Und: „Wie unterstützen wir denn die Spessartkommunen, die auf die Einnahmen aus der Windkraft nicht verzichten können? Wir mischen uns in die Belange unserer Nachbarn ein, ohne eine Alternative aufzuzeigen.“

Abschließend machte er nochmals deutlich, dass keine Anlagen in Bad Orb gewünscht, sollten entsprechende Pläne drohen, sei ein Entschluss notwendig.

Ein uneingeschränkter Entschluss. Die Resolution sandte Michael Krämer (FWG) in Richtung Amt. „Der Spessart ist eines der schönsten Pfunde, die wir haben, und es darf es dort keine Windkraft geben.“

Tobias Weisbecker (CDU) erinnerte daran, dass nach der Atomkatastrophe die Anforderungen an die Projektierer von Windkraftanlagen Ecken gekommen seien. „Wir haben große Versprechungen

raftanlagen im Spessart

ietet Resolution: Vorrangflächen aus Regionalplan entfernen



Stadtverordnener soll der Spessart nur aus Bäumen und nicht aus Windkraft-

FOTO: DPA

ne.

Im Resolutionstext vermisse er die Alternativen, sagte Krämer. Bad Orb müsse sich entscheiden – zwischen Windkraft und touristischer Nutzung. Was die touristischen Aspekte angeht, müsse dann aber auch im Stadtwald etwas mehr getan werden. Krämer: „Bad Orb kann auf die Windkraft verzichten, aber ich will nicht für die Gemeinden im Spessart Wortführer werden.“ Und: „Wie unterstützen wir denn die Spessartkommunen, die auf die Einnahmen aus der Windkraft nicht verzichten können? Wir mischen uns in die Belange unserer Nachbarn ein, ohne eine Alternative aufzuzeigen.“

Abschließend machte Krämer nochmals deutlich, dass die SPD keine Anlagen in Bad Orb wünscht, sollten entsprechende Pläne drohen, sei ein Bürgerentscheid notwendig.

Ein uneingeschränktes Ja zu der Resolution sandte Michael Heim (FWG) in Richtung Antragsteller: „Der Spessart ist eines der wenigen Pfunde, die wir haben, daher darf es dort keine Windkraftanlagen geben.“

Tobias Weisbecker (CDU) erinnerte daran, dass nach der Reaktorkatastrophe die Anbieter und Projektierer von Windparks aus allen Ecken gekommen seien und große Versprechungen für finan-

ziell angeschlagene Kommunen gemacht hätten. Es sei gut gewesen, dass die Bad Orber Politik nach anfänglicher Euphorie innegehalten und sich auf einen Bürgerentscheid verständigt habe. Doch nun sei „der finanzielle Druck weg und der Verzicht auf den Windpark möglich“. Doch nicht nur die Region rund um Bad Orb sei wichtig, auch der Spessart „hat für uns eine herausragende Bedeutung“.

Ralf Diener, Fraktionsvorsitzender der FBO, machte klar, dass seine Gruppe sich schon im Wahlkampf gegen die Windkraftnutzung in Bad Orb und im Spessart ausgesprochen habe, und sagte: „Diese Resolution hätte auch von der FBO kommen können.“

Heinz Josef Prehler warnte eindringlich vor dem Windkraft-Projekt der beiden Gemeinden Jossgrund und Flörsbachtal – hier sollen an der bayerischen Landesgrenze insgesamt elf Anlagen entstehen. Prehler bedauerte, dass die strukturschwachen Gemeinden sich selbst überlassen blieben und so auf die Einnahmen aus der Windkraft schielen müssen. Er befürchtet, dass die elf Anlagen lediglich der Anfang sind – Nachfolgeprojekte würden schon in der Schublade liegen. Und auf dem Areal könnten über 100 Anlagen gebaut werden.

Die einstimmig beschlossene Resolution wird nun der Regionalversammlung Südhessen übermittelt, die über den Regionalplan entscheidet. Zudem wurde Bürgermeister Weiß damit beauftragt, mit den Fraktionsvorsitzenden der in der Regionalversammlung vertretenen Parteien Gespräche aufzunehmen – mit dem Ziel, die Ausweisung von Vorrangflächen im Spessart zu verhindern.

825
9102016
214
Gnz